

Perspektiven

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **28 (2021)**

Heft 312

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Perspektiven

Die Grandezza der Baustellen: Flaschenpost aus Rom, wo «vagabondare» in den roten Zonen neue Blickwinkel öffnet. Von Tine Edel

38

Ausschreitungen in St.Gallen: Hat die Polizei an Ostern überreagiert? Stapo-Kommandant Ralph Hurni nimmt Stellung. Von Roman Hertler und Corinne Riedener

40

Zur Abstimmung am 13. Juni: Traut bloss den St.Galler Propagandist:innen nicht! Eine Aufklärung gegen das Polizeigesetz. Von Anna Jikhareva und Kaspar Surber

43

Expedition Antarktis: Das «Tagblatt» plant eine Leser:innenreise zu den Pinguinen – in Zeiten der Klimakrise. Von Anna Miotto und Hans Fässler

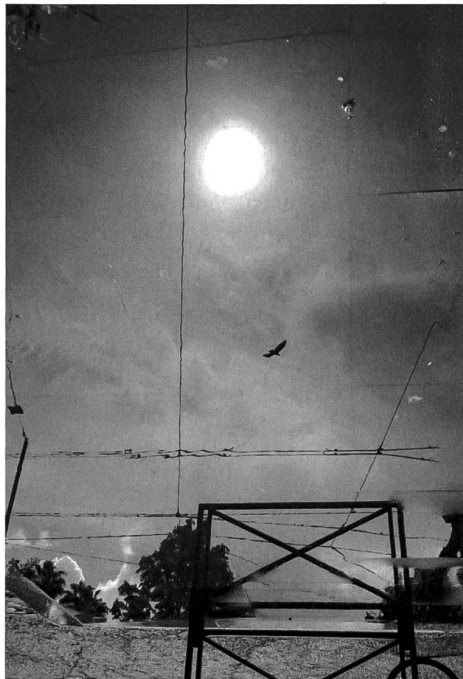
44

Wie die «Hardlinerin» ihre Partei zur konsequent linken Kraft machen will: Die künftige SP-Kantonalpräsidentin Andrea Scheck im Interview. Von Corinne Riedener

46

DIE

GRANDEZZA



Als ich im März in Rom ankam, war die Zone gelb: Menschen und Tische vor den Bars, geöffnete Geschäfte und Museen. Vor mir drei hoffnungsfrohe Monate, viel Zeit, um alle Museen zu besuchen, dachte ich.

Tiefpunkt Mitte März, Zone rot, alles zu: verfinsterte Gesichter und nie ohne ein «documento» aus dem Haus, welches besagt, wie weit ich mich von meinem Haus entferne. Sowieso sollte man bitte nie weiter gehen als bis zum nächsten Gemüsestand. Viel Polizia und Kontrollen, lange Diskussionen vor der Metrostation. Selten mit hellhäutigen Leuten,

das Beuteschema der Beamten war auffällig und regte mich auf. Ich fragte mich, wie die Menschen das aushalten, die illegal in Zelten auf dem Parkplatz um die Ecke leben. Die Stimmung war angespannt mitten in der dritten Welle.

Die Idee für meine Zeit in Rom war ursprünglich, an einem gemieteten Laborplatz in einer Fotokooperative zu arbeiten, um meine analogen Projekte weiterzuführen. Aber dieses Haus war und blieb geschlossen, ich musste mir etwas anderes überlegen. Nach ein paar Tagen in der Wohnung fiel mir die

Decke auf den Kopf, und wie viele Leute hier, begann ich mir Geschäfte in anderen Stadtteilen zu suchen, damit ich einen Grund hatte, meinen Radius etwas zu erweitern. Schliesslich war ich doch gekommen, um etwas zu sehen.

Nach drei roten Wochen und Ausweichen vor den Kontrollen wurde die Zone orange: allgemeines und spürbares Aufatmen der Menschen in Rom – sie sind wunderbar im Aufatmen. Die Wege wurden wieder weiter. Das Gehen durch die verschiedenen Strassen und Stadtteile wurde meine Arbeit,

DER

BAUSTELLEN



die ich nun über Wochen beibehielt. Die Säulen des Schrittzählers auf dem Handy stiegen an, und ich konnte Rom auf diese Art immer näher kommen.

Auf den Wegen begann ich eher intuitiv zu fotografieren, fand vieles zum Staunen, auch Lustiges, Menschliches und viel Wunderbares. Ich habe in den drei Monaten viel fotografiert und gehe jetzt immer noch jeden Tag «vagabondare», mit so etwas ist man ja nicht irgendwann einfach fertig. Es könnte immer noch ein schönerer Eimerstapel an der nächsten Strassenecke auftauchen oder ein

noch präziser gehäufter Kiesberg, noch eine gewagtere Installation oder womöglich noch einmal die Performance eines dampfenden Strassenbelagwagens. Ich sammle diese wertvollen Funde, von denen ich sicher bin, sie zuhause nie zu erleben – ich habe viel überlegt, woran das wohl liegen mag.

Vor der vom Kanton St.Gallen finanzierten Residenz (mille grazie!) kannte ich Rom nicht, aber natürlich hat mich Roma jetzt. Die Aussicht, hier in nur wenigen Tagen abreisen zu müssen, bricht mir das Herz. Die Dramaturgie meines Aufenthalts hatte somit

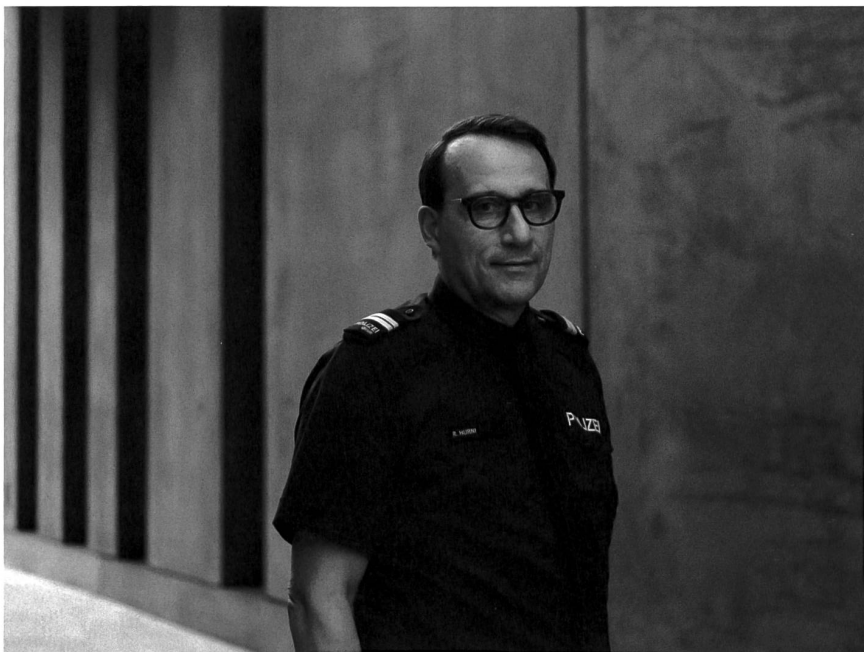
genau den richtigen Bogen: grossartiger Einstieg, irritierender Mittelteil und am Ende wurde wieder alles gut. Ich applaudiere bewegt dieser schönsten aller Städte.

Mit den Museen hat es dann am Ende – die Zone in golden leuchtendem Gelb – doch noch geklappt. Vor allem und zum Glück auch mit dem Caffè vor der Bar, mit dem Campari am Kiosk und mit der Orata vor der Trattoria... ach ja. Und die Münze klimpert im Trevi-Brunnen.

Tine Edel, 1970, ist Fotografin in St.Gallen und war von März bis Mai 2021 in Rom.

HAT DIE POLIZEI ÜBERREAGIERT, HERR HURNI?

Die Ausschreitungen in St.Gallen an Ostern haben viele Fragen aufgeworfen, auch zum Verhalten der Polizei. Im Interview nimmt Ralph Hurni, Kommandant der Stadtpolizei, Stellung. Interview: Roman Hertler und Corinne Riedener, Bilder: Ladina Bischof



Saiten: Es ist Ruhe eingekehrt in St.Gallen. Die 30 Wegweisungstage sind vorüber. Wie ist der Stand der Ermittlungen?

Ralph Hurni: Sie laufen, es wurden Personendossiers erstellt. Wir wollen nur Tatbestände zur Anzeige bringen, die wir beispielsweise mit Videomaterial belegen können. Zum 26. März haben wir 27 Dossiers gemacht, wovon bis jetzt 14 mit Namen identifiziert sind. Für den Karfreitag sind es 81 Dossiers, davon 39 Identifizierte. Damit wissen wir aber erst, welche Tatbestände welcher Person zugerechnet werden können. Die eigentlichen Verfahren mit Vorladungen und Befragungen beginnen erst.

Die meisten Jugendlichen, mit denen Saiten gesprochen hat, sagen, die Polizei sei schuld, dass die Situation am 26. März eskaliert ist. Diese Einschätzung teilen Sie vermutlich nicht.

Tatsächlich nicht. Es gab im Vorfeld Aufrufe zu einer Project-X-Party. Wir wussten aus der Erfahrung von 2012, dass dies sehr problematisch werden könnte. In einem der Aufrufe hiess es, dass «die Blauen» angegriffen werden sollen, sobald sie auftauchen. Darum haben wir uns entsprechend vorbereitet.

Wie begann der Abend aus Polizeisicht?

Die Aufrufe galten für die Drei Weieren, wo es oft zu Partys kommt. Es ist

aber auch ein Schutz- und Wohngebiet, weshalb dort alles in einem gewissen Rahmen ablaufen muss. Wir waren in Uniform präsent, haben Kontrollen gemacht, aber nicht alles abgeriegelt, wie kolportiert wurde. Jemand hat einen Feuerwerkskörper gezündet. Das wars mehr oder weniger. Ein Teil der Jugendlichen hat sich dann in die Stadt und auf den Roten Platz begeben.

Waren die Flaschen- und Steinwürfe auf Polizeibeamte am Roten Platz der Auslöser für das rigorose Einschreiten? Wann kippte die Stimmung?

Auf dem Roten Platz waren wir sehr lange um Dialog bemüht. Aus dem Hinterhalt flogen dann die ersten Steine und Flaschen, auch gegen Privatfahrzeuge. Darum haben wir zunächst den Verkehr gesperrt. Dann wurden auch unsere uniformierten Leute beworfen, nicht nur die Ordnungskräfte. Diese haben wir zunächst im Hintergrund behalten. Dass wir uns nicht von Anfang an in Vollmontur aufreihen, gehört zu unserem Konzept.

Hat man nicht zu viele Kollateralschäden in Kauf genommen, als man mit Gewalt gegen die mehrheitlich friedliche Menge vorging?

Ich kann einerseits nachvollziehen, dass jene, die friedlich waren, wütend sind, dass es auch einige von ihnen ge-

troffen hat. Andererseits gibt es in solchen Situationen immer den kleinen harten Kern, der Gewalt sucht und dann die Masse als Schutzschild missbraucht. Irgendwann wird die Unterscheidung zwischen Friedlichen und Gewalttätigen immer schwieriger.

Die Polizei hat also in Kauf genommen, dass Unbescholtene von Gummischrot und Reizgas getroffen wurden.

Wir gehen gegen jene vor, die Gewalt anwenden. Jene, die den Gewaltausübenden Schutz bieten, als Unbescholtene zu bezeichnen, greift zu kurz. Ohne deren Schutz könnten die kleineren Gruppen nicht in diesem Mass Gewalt ausüben. Aber es ist nicht auszuschliessen, dass es auch Unbeteiligte trifft, wenn sie sich nicht rechtzeitig entfernen.

Hätte sich die Situation nicht von alleine entspannt, wenn man gewartet hätte, bis der letzte Zug aus St.Gallen abgefahren ist?

Es ist ein Stück weit normal, dass gewisse Jugendliche die Grenzen ausloten. Einige waren aber schlicht auf Provokation und Action aus. Hätten wir das Feld geräumt, hätten Einzelne wohl begonnen zu randalieren, einfach um zu sehen, was passiert. Wir haben aber nicht permanent Gummischrot verschossen, die Situation auf dem Roten Platz hat sich rasch beruhigt. Danach

wurde es schwieriger, weil sich die gewaltbereiten Gruppen in der Altstadt verteilt, Scheiben einschlugen und Stühle umherwarfen.

Diese Gruppen hätten sich doch gar nicht gebildet, wenn der Rote Platz nicht geräumt worden wäre.

Doch, das Gewaltpotenzial war definitiv schon auf dem Roten Platz vorhanden.

Wie viele Jugendliche auf dem Roten Platz waren Ihrer Meinung nach gewaltbereit?

Das waren vielleicht etwas über 50 Personen, zusätzlich aber auch Mitläufer. Diese standen aber nicht als erkennbare Gruppe beieinander. Sonst wären sie schnell isoliert gewesen und die anderen hätten weiterfeiern können.

Zum Karfreitag: Saiten gegenüber haben beteiligte Jugendliche gesagt, dieser Polizeieinsatz sei im Gegensatz zur Räumung des Roten Platzes eine Woche zuvor gerechtfertigt gewesen. Die Polizei hatte die Situation relativ rasch im Griff. Stimmt der Eindruck?

Auch am Karfreitag war es schwierig. Vor allem wegen der Gaffer, ich nenne sie «Schaulästige», die uns daran hinderten, die Gewalttätigen zur Rechenschaft zu ziehen. An diesem Abend war die Ausgangslage aber eine andere: Die Gewaltaufrufe richteten sich von Anfang an gegen Staat und Polizei. Entsprechend waren wir vorbereitet.

In diesen Aufrufen liegt ja der grosse Unterschied zum 26. März, wo die Mehrheit einfach feiern wollte.

Es ist möglich, dass am ersten Wochenende noch nicht alle den Gewaltaufruf gesehen haben. Am Karfreitag war das sicher anders.

Es heisst, die Massenwegweisungen vom Ostersonntag seien die mildeste von drei Varianten gewesen. Welche wurden noch diskutiert?

Am Ostersonntag wurde mit neuerlichen Gewaltaufrufen zum dritten Mal eine Spirale in Gang gesetzt, die es zu stoppen galt. Einfach abzuwarten und zu schauen, was passiert, wäre angesichts der beiden Freitage zuvor naiv gewesen. Wir haben auch überlegt, ob es per Covid-Gesetz oder durch Notbeschluss des Stadtrates die Möglichkeit für eine allgemeine Ausgangssperre gegeben hätte. Beides kam aber nicht in Frage. Die Wegweisungen waren unserer Ansicht nach das mildeste Mittel. Und wir haben bereits am Nachmittag transparent kommuniziert und rigorose Kontrollen und Wegweisungen ange-

kündigt. Ich gehe davon aus, dass die allermeisten Jugendlichen in den Sozialen Medien unterwegs sind und von unserer Ankündigung gewusst haben.

De facto war es doch eine Ausgangssperre. Man wollte die Jungen an diesem Abend partout nicht am Bahnhof haben.

Wir haben ja nicht alle weggewiesen. Ich war aber selber überrascht, wie viele trotz angekündigter Polizeikontrollen in die Stadt kamen. Im Voraus hätte ich mit höchstens 150 Wegweisungen gerechnet. Am Schluss waren es dann über 600. Wir mussten innert kürzester Frist eine grosse Anzahl Personen anhalten und befragen. Im Schnitt hatten die Beamten nur zwei Minuten Zeit pro Person. Das war ein Problem, denn dadurch blieb kaum mehr Zeit für Einzelfallabklärungen.

Viele wurden sogar ganz ohne Befragung weggewiesen. Das hat einige Jugendliche sehr irritiert.

Uns ist bewusst, dass wir mit den Wegweisungen unsere Möglichkeiten ausgereizt haben. Wir mussten einfach verhindern, dass es zum dritten Mal in Folge zu Personen- und Sachschäden kommt. Wir waren aber auch kulant und haben im Nachhinein ungerechtfertigte Wegweisungen wieder aufgehoben.

2006 wurden Sie von «Swissinfo» zum neuen St.Galler Polizeireglement und dem Wegweisungsartikel befragt. Sie sagten: «Wir schreiten aufgrund des Verhaltens von Personen ein, nicht wegen der Zugehörigkeit zu einer Gruppe.» Am Ostersonntag ist aber genau das passiert.

Wir sind an die Grenze gegangen, wie gesagt. Aber wir haben das Verhalten der Gaffer als Anlass für die Wegweisungen genommen, nicht die weissen Turnschuhe oder die schwarze Kleidung. Dies immer im Zusammenhang mit den Gewaltaufrufen.

Trotzdem stehen die Wegweisungen am Ostersonntag rechtlich auf wackligen Füissen. Im Polizeigesetz Abs. 29bis steht, dass 30-tägige Wegweisungen erst im Wiederholungsfall ausgesprochen werden dürfen.

Das stimmt so nicht ganz. «In besonderen Fällen», so steht es in diesem Artikel, hat man die Möglichkeit, direkt eine 30-tägige Wegweisung auszusprechen. Grundsätzlich macht man aber 24 Stunden, das ist richtig. Wenn jemand betrunken ist und irgendwo randaliert, ist er nach einem Tag wieder nüchtern, darum reicht das in der Regel.

Solche Kollektivstrafen zu verfügen und dann im Nachhinein auf den Rechtsweg zu verweisen, ist also nicht Usus sondern der Extremfall?

Ja, die entstandene Situation hat das erfordert. Ich sehe es aber nicht als Kollektivstrafe, es war eine Einschränkung der Ausgangsmöglichkeiten. Je nach Wohnort oder üblichem Ausgangsrayon war dies mehr oder weniger einschränkend.

In der Zivilschutzanlage Riethüsli wurde am Osterwochenende eine Haftstrasse eingerichtet. Warum besteht sie heute noch?

Sobald wir viele Einbringungen auf einmal haben, wird es in unserem Gebäude schnell zu eng. In St.Gallen kommt das zum Glück sehr selten vor. Wenn ich mich korrekt erinnere, hatten wir das zuletzt an der Fussball-EM 2008. Bis jetzt haben wir die Haftstrasse einfach noch nicht zurückgebaut. Wir wussten ja noch nicht, wie es weitergeht. Aber aktuell haben wir keine Pläne damit.

Was passiert mit den Bildern und Daten der Weggewiesenen? Wo werden sie gespeichert, für wie lange und zu welchem Zweck?

Sie dienten uns zur Auswertung der Krawalle an den beiden vorangegangenen Freitagen. Die Daten der Personen, deren Wegweisung nach Ostern wieder aufgehoben wurde, wurden umgehend gelöscht. Die anderen wurden nach Ablauf der 30-tägigen Wegweisung gelöscht – ausser man hat eine Person in der Zwischenzeit als Beteiligte an den Krawallen identifiziert. Deren Daten werden gelöscht, nachdem die Strafverfahren abgeschlossen sind.

Im Maiheft von Saiten findet sich eine Chronik, die das harsche Vorgehen der Polizei auch gegenüber Linken kritisiert. Im November etwa wurde eine antifaschistische Gegendemo im Rahmen des «Stillen Protests» rigide gestoppt. Misst die Polizei mit ungleichen Ellen?

Ich wehre mich gegen den Vorwurf, dass wir gegen linke Anliegen härter vorgehen als gegen andere. In besagtem Fall war die Ausgangslage so, dass wir auf der einen Seite den «Stillen Protest» als bewilligte Kundgebung hatten und auf der anderen Seite eine unbewilligte Gegendemonstration. Ich sehe nicht ein, warum man nicht ebenfalls ein Gesuch gestellt hat vorgängig. Dann hätte man das nämlich bewilligen können, unter der Voraussetzung, dass es friedlich bleibt. Die Probleme

ergaben sich, weil wir nicht vorbereitet waren auf diese Gegendemo.

Ganz ehrlich: Sie hätten die linke Gegendemo doch niemals bewilligt, nachdem der «Stille Protest» bereits bewilligt war.

Wer eine Bewilligung will, muss gewisse Auflagen erfüllen. Wenn wir den Eindruck haben, dass diese befolgt werden, sehen wir keinen Grund, sie nicht zu erteilen. Sicher sind wir skeptisch, gerade bei Gegendemos, da wir dann auch ein grösseres Aufgebot brauchen im Fall einer Eskalation. Aber ausschliessen würde ich es trotzdem nicht.

Lange liess man die Gegendemo gewähren. Erst als diese bereits im Abzug war, ist die Polizei doch noch ziemlich unsanft eingeschritten. Warum?

Wir wollten die Personalien erheben, um allenfalls eine Anzeige zu machen. Denn wie gesagt: Die Kundgebung war unbewilligt.

In den Tagen danach hat man teilweise Leute vorgeladen, die gar nicht an der Gegendemo beteiligt waren.

Die Beteiligten trugen Masken, wir wussten also nicht, wer alles dabei war. Darum haben wir verschiedene Leute befragt, das ist richtig.

Sie haben also einfach ein paar übliche Verdächtige vorgeladen?

Nein. Wir haben lediglich aufgrund unseres Bildmaterials Mutmassungen angestellt und bei den vermeintlichen Personen nachgefragt. Das ist noch kein Schuldvorwurf, sondern dient nur der Abklärung.

Die Gegendemonstrant:innen trugen Masken und hielten sich an die Massnahmen – im Gegensatz zu den Massnahmegegner:innen, die seit Monaten auf die Strasse gehen.

Warum lässt man diese gewähren?

Diese Kundgebungen verliefen bis jetzt grösstenteils friedlich, die Beteiligten begehen keine Sachbeschädigungen. Ausserdem sind sie sehr viele und sehr durchmischt, inklusive Kinder. Wenn man genügend Polizeikräfte zur Verfügung hat – in den grossen Städten etwa – kann man die Leute wegschicken. In kleinen Orten wie in Urnäsch Mitte Mai kann man solche Aufläufe mit dem normalen Polizeiaufgebot kurzfristig nicht verhindern. Die Corps sind aufgestellt für den normalen Alltag, aber sobald etwas Ausserordentliches auf uns zukommt, sind wir angewiesen auf Unterstützung.

Okay. Wieviele Leute muss man zusammenrommeln, bis die Stapo oder die Kapo nicht mehr eingreifen kann?

Das ist ortsabhängig. Und eine Frage der Verhältnismässigkeit. Wir müssen uns immer auch fragen, ob wir eine Eskalation mit allfälligen Sach- oder Personenschäden riskieren wollen.

Sachschäden kann man beziffern. Die Folgen von potenziellen Superspreaderereignissen sind schwerer messbar, doch auf lange Sicht sind die Schäden möglicherweise viel grösser.

Das ist ein Punkt. Wenn wir zum Beispiel mehrere Kundgebungen mit Superspreaderereignissen gehabt hätten, die zu einer grösseren Anzahl Toten geführt hätten, hätte das auch Einfluss auf die Verhältnismässigkeit gehabt, sprich: man hätte diese Kundgebungen unterbunden. Zum Glück ist es bisher nicht dazu gekommen. Mich stören diese unbewilligten Anti-Massnahmendemos auch, aber die Polizei kann es kaum verhindern, wenn Menschen zu Tausenden ein Gesetz übertreten.

Zurück zur Jugend: Wer hat sich Ihrer Meinung nach genau an den Ausschreitungen beteiligt?

Wir haben noch kein vollständiges Profil, da viele noch nicht identifiziert und befragt wurden. Es gibt mutmasslich drei Gruppen: jene, die schon vor Corona polizeibekannt waren, weil sie in der Schule oder im Privatleben Probleme haben und dann im öffentlichen Raum auffallen, jene, die von Covid die Nase voll haben und jene, die eher «erlebnisorientiert» sind und einfach ein bisschen Action oder zuschauen wollten. Ich will aber betonen, dass es nur eine sehr kleine Anzahl Jugendliche ist, die uns Probleme macht.

Die Jugendlichen, mit denen Saiten gesprochen hat, sagen, dass das Verhalten der Polizei im letzten Jahr repressiver geworden sei. Was sagen Sie dazu?

Ich sehe kein verschärftes Vorgehen. Wir schreiten dann ein, wenn es irgendwo eskaliert, wenn es zu Sachbeschädigungen oder gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt. Viele waren auch lange nicht mehr draussen, vielleicht muss man sich erst wieder aneinander gewöhnen – gegenseitig.

Kritisiert wurde auch rassistisches Verhalten seitens der Polizei. Die Jugendlichen fühlen sich teilweise respektlos behandelt aufgrund ihrer Herkunft. Hat die Polizei ein Rassistmusproblem?

Nein. Wir sind allen Gruppen und Nationalitäten gegenüber offen. Die Black-Lives-Matter-Demonstration letzten Sommer beispielsweise haben wir sehr gut über die Bühne gebracht. Mir sind keine rassistischen Vorfälle bekannt, wenn es welche gibt, bin ich froh, wenn man mir diese meldet. Ich werde dem gerne nachgehen, denn Rassismus tolerieren wir nicht.

Wie haben Sie die Stimmung bei den Jugendlichen im letzten Jahr wahrgenommen?

Wir haben vor allem seit letztem Herbst festgestellt, dass die Jugendlichen sich untereinander aggressiver verhalten. Sie explodieren schneller. Das hängt sicher mit Corona zusammen; es gibt keine Veranstaltungen, keinen Ausgang, keine Konzerte mehr.

Ihre Prognose für den Sommer?

Ich hoffe natürlich, dass er möglichst friedlich wird. Die Coronasituation bessert sich langsam, es gibt hoffentlich bald wieder mehr Möglichkeiten, um sich auszutoben und abzureagieren. Die Fitnessstudios öffnen wieder, man kann wieder ein Bier trinken abends oder eventuell tanzen gehen. Ich bin zuversichtlich, dass sich damit das Leben wieder ein Stück weit normalisiert.

Dass es an Ostern so eskaliert ist, hat viele überrascht. Gibt es seitens Polizei Bestrebungen, sich verstärkt mit der Jugendarbeit zu vernetzen, um näher am Puls der Jugendlichen zu sein?

Es gibt durchaus hin und wieder gute Gespräche zwischen Jugendlichen und Polizisten auf der Strasse. Zudem sind wir in regelmässigem Kontakt mit der städtischen Dienststelle Kinder Jugend Familie (KJF) und auch mit der Stiftung Suchthilfe. Ich denke, wir sind mit den entsprechenden Partnern gut vernetzt und damit durchaus am Puls der Jugendlichen.



Ralph Hurni, 1962, ist seit 2013 Kommandant der Stadtpolizei St.Gallen. Zuvor war er Chef der Gewerbe- und Leiter der Sicherheits- und Verkehrspolizei.

Mehr zu den Ausschreitungen an Ostern in St.Gallen: im Maiheft von Saiten und online auf saiten.ch.

DIE WAHREN GEFÄHRDER

Traut bloss den Ostschweizer Propagandist:innen nicht: Eine kurze Aufklärung gegen das Polizeigesetz, das nicht mehr Sicherheit bringt, aber die Freiheit von uns allen einschränkt. Von Anna Jikhareva und Kaspar Surber

Der offizielle Titel klingt verführerisch. «Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus» heisst die Vorlage, die am 13. Juni zur Abstimmung gelangt. Wer bitte ist schon für Terrorismus? Entsprechend hoch ist die Zustimmung zum Gesetz, gemäss Umfragen wollen es 67 Prozent der Stimmberechtigten annehmen. Besonders lautstark ertönt die Unterstützung aus der Ostschweiz, zumindest aus der offiziellen Politik: Karin Keller-Sutter, die Bundesrätin aus Wil, fliegt mit einem Militärhelikopter durchs Land, um für das Gesetz zu werben. Sekundiert wird sie in St.Gallen von SP-Regierungsrat Freddy Fässler, der sich damit gegen die eigene Partei stellt.

Gegen Kinder und Jugendliche

Eine Justizministerin unterwegs im Militärhelikopter: Das Bild trifft den Kern des Gesetzes. Es verspricht mehr Sicherheit, wird aber stattdessen die Freiheit einschränken und den Rechtsstaat beschädigen. Das Polizeigesetz operiert mit schwammigen Begriffen: Sogenannte «Gefährder» sollen identifiziert werden, bevor sie zur Tat schreiten. Dazu genügt bereits, dass sie «Furcht und Schrecken» verbreiten: Das Lesen eines verdächtigen Buches oder ein Facebook-Like an der falschen Stelle können es künftig der Polizei erlauben, eine Person als gefährlich einzustufen. Die Massnahmen, die sie ergreifen kann, reichen von einem Gesprächsaufgebot bis zum Hausarrest, der bis zu neun Monaten dauern kann. Betroffen sind bis auf den Hausarrest schon Kinder ab zwölf Jahren.

Die renommiertesten Rechtsprofessor:innen der Schweiz, fünf Sonderbeauftragte der UNO und diverse Menschenrechtsorganisationen warnen in ungewohnter Schärfe vor diesem Willkürgesetz: Es setze einen Generalverdacht in die Welt, mit dem jeder und jede verdächtig werde. Was sich heute gegen islamistische Terroristen richte, könne morgen Klimaaktivist:innen treffen. «Terrorismus» würde definitiv zum Kampfbegriff, um politische Gegner:innen zu dämonisieren und Dissident:innen abzustrafen. Das Gesetz heble die im Strafrecht zentrale Unschuldsvermutung aus und verstosse gegen die Gewaltenteilung: Weil die meisten Massnahmen ohne richterliche Überprüfung erfolgten, würde die Polizei zum Richter und Henker. Zudem verstosse das Gesetz in Teilen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und die Uno-Kinderrechtskonvention.

Populistisch und gemütlich

An Karin Keller-Sutter wie an Freddy Fässler perlt die heftige Kritik ab. «Ich bin es mich gewohnt, dass es ab zwei Juristen immer zwei Meinungen gibt», meinte Keller-Sutter an einem «Tagblatt»-Podium

im Pfalzweiler. Zwar gibt es unter den Rechtsexpert:innen wie beschrieben praktisch nur eine Meinung, aber mit solch populistischen Sprüchen lässt sich das locker überdecken. Freddy Fässler wiederum appellierte an das Vertrauen in die Polizei, die ihre Arbeit schon richtig mache. Damit lenkte der Politiker gemütlich davon ab, dass er als Justizminister als erster die Arbeit der eigenen Polizei kritisch begleiten müsste.

Wer Keller-Sutters Karriere aus der Ostschweiz heraus verfolgt hat, wird ob ihres Einsatzes für das PMT nicht überrascht sein. Schon als St.Galler Regierungsrätin operierte sie am liebsten im präventiven Bereich: Punktete sie einst mit dem Einsatz gegen häusliche Gewalt noch bei Linken, wurde sie mit ihrem Vorgehen gegen Fussballfans mit Wegweisungen und Schnellgerichten definitiv zur Law-and-Order-Politikerin. Auffällig schon damals: Keller-Sutter kennt auch dann keine Gnade, wenn es gegen Jugendliche geht. Gerade die Erfahrung mit präventiven Massnahmen im Strafrecht sollte aber vorsichtig stimmen: Weder ist die Kriminalität in den letzten Jahren stark gestiegen noch stark gesunken. Es gibt in einer offenen Gesellschaft nun einmal keine völlige Sicherheit.

Beredtes Schweigen

Bemerkenswert ist im Abstimmungskampf, dass eine Frage nicht gestellt wird: Warum ausgerechnet die Schweiz, die bisher von Terroranschlägen verschont blieb, ein solch hysterisches Gesetz beschliesst. In erster Linie hatte die Schweiz sicher Glück. Davon abgesehen gibt es Faktoren, die gegen Radikalisierung und Terrorismus helfen können. Eine aktive Friedenspolitik etwa, die sich nicht am «War on Terror» mit seinen Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Oder eine Gesellschaft, die Perspektiven schafft, mit einem durchlässigen Bildungssystem für alle sozialen Schichten.

Von all dem hört man von Karin Keller-Sutter und Freddy Fässler leider nichts. Stattdessen: Gefährderansprache, Hausarrest, Helikopterlärm.

Anna Jikhareva, 1986, und Kaspar Surber, 1980, schreiben für die Wochenzeitung WOZ über und gegen das Polizeigesetz.

KREUZFAHRT ZU DEN PINGUINEN

2022 plant das «Tagblatt» eine Leser:innenreise «Expedition Antarktis». Sie gibt lesenden Klima-Arbeiter:innen zu denken. Die Antworten, welche die Veranstalterin und die beteiligten Experten geben, werfen neue und im Hinblick auf den «Strike for Future» aktuelle Fragen auf. Die Robben und die Pinguine wurden erst gar nicht gefragt. Von Anna Miotto (Klimajugend) und Hans Fässler (Klima-Alter)



Ob sich die Königspinguine über den Besuch freuen? (Bild: Wikimedia)

Schon seit über einem Jahr lockt das «St.Galler Tagblatt» mit einem «unvergesslichen Abenteuer am Ende der Welt», einer Leser:innenreise in die Antarktis im Februar 2022, zu den «gewaltigen Gletschern» und den «majestätischen Eisbergen». Für die Kleinigkeit von Fr. 21'695.– (ohne Einzelzimmerzuschlag und ohne Trinkgelder an Bord) erwarten die Kreuzfahrer:innen «aufregende Tierbeobachtungen aus nächster Nähe»: Pinguine, Wale, Robben, See-Elefanten, Seebären und eine Vielzahl von Seevögeln. Im Preis inbegriffen sind vier Flüge (Schweiz – Buenos Aires retour und Buenos Aires – Ushuaia retour), Treibstoff und Bunkerzuschläge sowie die Vorträge der Experten.

Die Experten

Begleitet wird die Reise, die von «Background Tours» in Bern organisiert wird, von vier natur- und welterklärenden weisen Männern: dem Extrembergsteiger und Abenteurer Reinhold «ohne Sauerstoff» Messner, dem TV- und Radiomoderator Nik «jeder Rappen zählt» Hartmann, dem Fotografen Rudolf Hug und dem Pinguin-Flüsterer Benno Lüthi. An diese vier Männer sowie ans «St.Galler Tagblatt» und CH-Media haben wir Anfang Mai ein Mail geschickt mit dem Titel «Antarktis – Echt jetzt?».

Es drückte angesichts der geplanten Reise mit der MS Hanseatic nature (Platz für 230 Passagier:innen) unsere klimapolitische Erschütterung, Wut und Irritation aus und stellte Fragen: «Wir wissen (und auch die CH-Medien wissen und schreiben es), dass die Klimakrise die Antarktis und das dortige Leben bedroht: «Globale Erwärmung vertreibt Pinguine», «Der Klimawandel hat das «Ende der Welt» erreicht», «Robben unter Druck» – googeln Sie selber weiter! Wie kann man nun hingehen und eine (Leser:innen-) Reise organisieren und anpreisen, welche vier Flüge verursacht und eine ökologisch fragwürdige Schiffsreise? Ist das einfach gedankenlos oder eventuell schon zynisch: Die Antarktis anschauen, solange es sie noch gibt, wie sie jetzt ist? Nach uns die Sintflut

oder modern gesagt: der Meeresspiegelanstieg und die Gletscher- und Eisschmelze?) Und von den sozialen und ökologischen Folgen des Abwrackens von Kreuzfahrtschiffen hatten wir noch nicht einmal gesprochen.

Die Antworten

Erfreulicherweise reagierten die Angeschriebenen ziemlich rasch – oder sie liessen antworten. Der Fotograf Rudolf Hug beklagte sich zuerst über den unhöflichen Ton. Er räumte die CO₂-Belastung der Umwelt durch solche Reisen ein, argumentierte aber wie folgt: Es gehe nicht um einen Shopping-Flug nach New York, sondern darum, eine wunderschöne Gegend und eine fantastische Tierwelt kennenzulernen. Es sei keine Lustreise, sondern das Ganze sei sorgfältig geplant und verbunden mit Wissensvermittlung. Und man dürfe nicht über Menschen urteilen, ohne ihre CO₂-Bilanz zu kennen, ohne zu wissen, ob sie den CO₂-Ausstoss kompensieren.

Gezieltes Reisen müsse und werde auch in der Zukunft möglich sein. Was sich ändern müsse, sei die Masse und die Qualität. Das Bedürfnis zu reisen zeige sich übrigens auch darin, dass selbst der Co-Autor dieses Artikels kürzlich eine Reise in die Karibik (saiten.ch/schweizer-sklavereigeschichte-in-der-karibik) gemacht habe. Er selber versuche, so Rudolf Hug, privat einen Beitrag zu leisten und habe u.a. auf ein e-Mobil gewechselt.

«Tagblatt»-Chefredaktor Stefan Schmid bedankte sich für die Zuschrift und teilte mit, er sei in diesem Unternehmen für vieles verantwortlich, nicht aber für Leser:innenreisen. Er leitete das Mail aber intern weiter und die heisse Kartoffel landete bei seinem Namensvetter: Stefan Heini, Leiter Unternehmenskommunikation CH-Media. Auch dieser räumte zuerst ein, dass man solche Reisen kritisch hinterfragen könne, dass es aber bei vielen Menschen ein grosses Bedürfnis nach Reisen in solche Weltgegenden gebe, die halt nur per Schiff und/oder Flugzeug erreichbar seien.

CH-Media sei nur Medienpartner der Antarktis-Expeditionen, und ausserdem gelte bei den Hapag-Lloyd Cruises ein hoher Stan-

dard in Bezug auf umweltbewusstes und nachhaltiges Handeln. Es fehlte nicht der Verweis auf die Hapag-Lloyd-Umweltbroschüre «Die Welt befahren – die Natur bewahren», welche vom optimierten Rumpf über die Ballastwasserbehandlung bis zur Reduktion der Einweg-Cocktail-Rührer (noch vor der gesetzlichen Verpflichtung!) alles aufzählt, was irgendwie grün daherkommt. Nach wie vor gilt jedoch für die Firma, die auch einen Privatjet im Angebot hat, das Motto «Zu jedem Traum die passende Route» (illustriert durch eine Weltkarte mit fast 50 Destinationen), und die Sprache ist auf der Höhe des Greenwashing: «für ein nachhaltiges Morgen», «Mensch und Natur respektieren», «Environmental Passport-Operation», «Ressourcen- und Nachhaltigkeitsmanagement», «saubere Exkursionen», «massvoller Tourismus» etc. Im Werbefilm über die neue «Hapag-Lloyd-Expeditionsklasse» heisst das dann «mit absolutem Respekt vor der Natur» und «inspired by nature».

Sarah Grünig, Senior Product Manager Background Tours, antwortete im Namen von Nik «bi de Lüt» Hartmann und Benno «bi de Pinguin» Lüthi. Auch sie wies auf die ökologischen Bemühungen von Hapag-Lloyd hin und argumentierte ausserdem ökologisch-didaktisch: Oft würden Erlebnisse auf einer Reise in die Antarktis ihre Kund:innen dazu bewegen, sich für den Erhalt dieser Wildnis zu engagieren. Man motiviere diese zudem, ihre Flüge via myclimate zu kompensieren, was wiederum Hirtenfamilien in der Mongolei zugutekomme. Und man könne gern via Zoom mal über die Sache reden.

Neue Fragen – und Forderungen

Zum Schluss kam noch die kurze Antwort von Reinhold Messner: Man könne über alles diskutieren und auf dem Schiff werde alles selbstkritisch hinterfragt. Aber Fundamentalismus in Sachen Klimawandel, Schlagworte und Klischees würden nicht weiterhelfen.

So stellen wir denn halt zum Schluss allen Beteiligten hier medienöffentlich nochmals zwei klimafundamentale Fragen: Wie

viele hundert Jahre wird es dauern, bis genug Menschen durch Antarktis-Kreuzfahrten ein ökologisches Bewusstsein entwickelt haben und so mit ihrem Handeln einen relevanten Beitrag gegen die Klimakatastrophe leisten? Und: Ist es so schwer zu verstehen, dass es nicht darum geht, viele Dinge (Flüge, Kreuzfahrten, Autofahrten, Herstellung von gewissen Produkten, Gebrauch von gewissen Geräten, usw.) etwas ökologischer zu tun, sondern sie wenn möglich nicht mehr zu tun?

Die Gesellschaft und mit ihr die Presse muss die Klimakrise als solche anerkennen. Dazu gehört nicht nur eine angemessene Berichterstattung, sondern auch, als Zeitung die Krise bestmöglich zu bekämpfen. Man könnte mehr über die Klimakrise und die Anliegen des Klimastreiks berichten und auch als Medium Veranstaltungen organisieren. Man könnte sich ernsthaft überlegen, was man zum Klimaschutz beitragen kann. Statt klimaschädliche Reisen zu organisieren, könnte man Veranstaltungen mit echten Experten beziehungsweise Expertinnen im Bereich Klimakrise durchführen. Es gibt tausend andere, bessere und klimafreundlichere Ansätze, um den Leser:innen die Ernsthaftigkeit der Klimakrise klarzumachen. Eigentlich alles ausser eine Antarktis-Leser:innenreise.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf saiten.ch.

«SCHÖN, WENN DER PANIKPEGEL STEIGT!»

Ende Juni wird Andrea Scheck die neue Präsidentin der SP Kanton St.Gallen. Ihre Wahl ist eine Formsache. Mit Saiten spricht sie über die Krämpfe in der Realpolitik, die Kraft der Bewegung, über das Potenzial der ländlichen Sektionen im Kanton und die Lage der Genoss:innen im Nachbarland. Interview: Corinne Riedener, Bild: Ladina Bischof



Saiten: In der Stadt mag es vielleicht reizvoll sein, aber SP-Parteipräsidentin eines bürgerlich geprägten Kantons werden:

Warum tust du dir das an?

Andrea Scheck: Diese Frage habe ich mir auch gestellt, denn wie du sagst, leben wir in einem sehr ländlichen und bürgerlich dominierten Kanton. Das birgt schon Frustrationspotenzial. Aber ich finde, wir müssen als SP noch mehr und sichtbarer dagegen kämpfen. Momentan sind wir zu sehr auf Mehrheiten im Kantonsrat fokussiert, kleben an der Realpolitik. Ich will die SP als eine konsequent linke Kraft im Kanton positionieren; antikapitalistisch und – angesichts der Mehrheiten im Kantonsparlament – vermehrt auch als Oppositionspartei.

Mit realpolitischen Kompromissen kann man linke Wähler:innen nicht abholen?

Nur bedingt. Man begeistert Menschen nicht, wenn man sagt: Wir haben ein Sparpaket ausgehandelt, das nicht ganz

so schlimm ist, darum wählt die SP. Es braucht wieder mehr Utopien, andere Visionen und auch da und dort eine Provokation.

Du sagst «konsequent linke Kraft», das «Tagblatt» hat dich als «Hardlinerin» betitelt. Aus linker Sicht ist das nichts Schlechtes.

Schön, wenn der Panikpegel bereits ein bisschen steigt! Beim «Tagblatt» wissen sie ja auch, dass eine «Hardlinerin» aus linker Sicht etwas Gutes ist. Darum haben sie sich wohl so darauf eingeschossen: Weil sie lieber eine Linke hätten, die im Kantonsrat brav ein bisschen mitspielt, aber nicht Teil der Bewegungen ist.

Was heisst denn «konsequent linke Kraft» konkret?

Dass man nie mit einem Kompromiss in eine Diskussion startet. In der Politik werden uns von bürgerlicher Seite im-

mer wieder Entscheide als unveränderbare Fakten vorgesetzt: Wenn es zum Beispiel im Kantonsrat heisst, dass es unbedingt ein Sparpaket braucht oder dass ein Finanzloch droht wegen Corona. Als linke Kraft müssen wir dann genau das Gegenteil fordern: Statt einem Sparpaket wollen wir Investitionen und Ausbau. Oder: Um das Finanzloch zu stopfen, fordern wir eine solidarische Unternehmenssteuer für die letzten zwei Jahre. Dieses Aufbrechen des Status Quo schaffen wir heute zu wenig.

Wie bist du zur «Hardlinerin» geworden? Was hat dich politisiert?

Erlebte Ungerechtigkeiten. Meine Mutter, die mir ein grosses Vorbild ist, hat uns zwei Kinder allein grossgezogen. Sie arbeitete in der Pflege, das ist ein harter Job mit schwierigen Arbeitszeiten und schlechter Bezahlung. So lernte ich mit elf oder zwölf langsam, dass der Lohn in keinerlei Bezug steht

zur Leistung, die ein Mensch erbringt. Leute in systemrelevanten, lebenswichtigen Berufen verdienen extrem wenig, während ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung den ganzen Reichtum hält und CEOs sich fleissig Boni ausschütten. Wie kann das gerecht sein, fragte ich mich. Ebenso wurde mir bewusst, dass die Gesellschaft Frauen permanent bestraft: Sie sollen gefälligst Mutter werden, sich um die Kinder kümmern, das Arbeitspensum herunterzuschrauben usw. – und sind dann am Schluss selber «schuld», wenn sie dadurch Nachteile erfahren, beispielsweise in der Altersvorsorge. Das alles hat mich sehr gestört.

Diese Unzufriedenheit ist über die Jahre gewachsen. Mit 18 wurdest du JUSO-Mitglied. Was hat dir den Ärmel reingezogen?

Zunächst fand ich die Idee, in eine Partei zu gehen, ziemlich suspekt. Ich stellte es mir als eine Art Kult oder Religion vor. Aber dann trinkt man ein paar Biere, führt Diskussionen, und merkt, dass das nur eine Gruppe von engagierten Leuten ist, die dasselbe stört wie einen selber. Die haben mir aufgezeigt, dass die Ungerechtigkeit System hat. Und dass es auch Alternativen gibt. Plötzlich war ich nicht mehr alleine mit meiner Wut, sondern Teil eines Kollektivs: ein super Gefühl.

Das gibt Kraft.

Ja! Vor allem das Wissen, dass eine andere Welt möglich ist. Kapitalismus und Patriarchat sind ja von Menschen gemacht, wir haben uns das ausgesucht – und wir können dieses System auch wieder ändern, wenn wir nur wollen. Das ist durchaus ermächtigend.

Nebst der JUSO warst du immer auch in Bewegungen aktiv, wo ja Parteipolitik keinen allzu grossen Stellenwert hat. Was fasziniert dich am Aktivistinnenleben?

Es gibt einfach kein besseres Gefühl, als mitten in einer Demo durch die Stadt zu ziehen. Bewegungen funktionieren zudem ganz anders als eine Partei, die Strukturen sind weniger hierarchisch. Beim Frauen*streik beispielsweise werden alle Kernentscheide im Plenum getroffen. Das wäre, wie wenn man bei der SP für jeden Entscheid eine Mitgliederversammlung einberufen würde. Diese sehr demokratischen, flachen Hierarchien sind toll, haben aber auch ihre Schwächen. Sie machen Prozesse langsamer, es gibt inoffizielle Machtgefälle und Einzelpersonen haben es leichter, wenn sie sich öffentlich profilieren oder

als Aushängeschild einer Bewegung hervortreten wollen. In einer Partei geht das nicht. Dort ist eine Person zwar mächtig, aber durch die Wahl legitimiert.

Die Macht: Reizt dich auch das am SP-Präsidium?

Jetzt kommt mein Darth Vader-Moment (lacht). Mir ist es wichtig, dass Macht legitimiert ist, dass Entscheide transparent gemacht und kommuniziert werden. Aber ja: Ich will Dinge bestimmen können. Und ich bin auch überzeugt, dass ich das kann.

Nach dem Wechsel von der Juso-Frau und Aktivistin zur Kantonalpräsidentin: Wie wird sich deine Art zu politisieren verändern?

Ich hoffe, nicht allzu sehr. Mir ist es wichtig, dass ich weiterhin in den Bewegungen aktiv bin, weil die SP ein sichtbarer Teil davon sein soll – was sie heute nur bedingt ist. Trotzdem wird sich mein politischer Horizont mit Fokus auf den Kantonsrat und die Fraktion ein wenig verschieben, das ist kaum zu vermeiden. Und meine Rolle ändert sich: Wenn zum Beispiel SP-Exponent:innen Entscheidungen treffen, die mir persönlich nicht passen, muss ich mich als Kantonalpräsidentin trotzdem hinter sie stellen.

Die SP ist zu wenig sichtbar in den Bewegungen, sagst du. Drehen wir die Frage um: Wie bringt man die Bewegungen wieder mehr in die SP?

Schwierige Frage. Im Frauen*streik engagieren sich sehr viele SP-Frauen und im Klimastreik sehr viele JUSOS. Ich verstehe, dass sich eine Bewegung von der Parteipolitik abgrenzen will, aber ich bedaure, dass man in der Partei wenig von diesem Engagement spürt. Ein Weg wäre, dass wir als Partei die Forderungen der Bewegungen ernst nehmen. Es gibt zum Beispiel auch in der SP immer wieder sexistische Vorfälle. Wenn diese von Teilen nicht ernstgenommen werden, müssen wir uns auch nicht wundern, wenn die Aktivistinnen des Frauen*streiks sich nicht mit der SP identifizieren können.

Die Parteien halten sich zum Teil auch bewusst zurück in der Öffentlichkeit, um nicht den Eindruck zu erwecken, die Bewegungen vereinnahmen zu wollen – Beispiel Klimastreik. Wie könnte man sich trotzdem annähern?

Es gibt, wie du sagst, einen respektvollen Abstand zwischen Parteien und Be-

wegungen. Aber seien wir ehrlich: Ein Ziel des Klimastreiks ist es, dass die Politik schnell Massnahmen gegen die Klimakrise umsetzt. Dazu müssen Parteien diese Forderungen erstmal übernehmen. CO2-Neutralität bis 2030 zum Beispiel. Das wäre das klarste Zeichen, um mehr Aktivist:innen des Klimastreiks Vertrauen in die SP zu geben.

Warum macht ihr dann nicht?

Gewisse Forderungen übernehmen wir durchaus und machen Vorstösse, die in die richtige Richtung zielen. Aber am Schluss sind wir wieder bei den realpolitischen Kompromissen und dann heisst es doch: Klimaneutralität bis 2050 haben wir gerade noch durchgebracht im Parlament, für alles andere hätten wir keine Mehrheit gefunden.

Übersetzt heisst das: Ihr Klimaaktivist:innen habt zu wenig Ahnung von der Realpolitik, gebt euch damit zufrieden, weil sonst gar nichts laufen würde.

Ja, und das ist inakzeptabel. Ich verstehe nicht, wieso man die möglichen Kompromisse teilweise zur Vision der Partei erklärt. Die SP muss doch umso lauter 2030 fordern – und entsprechende Vorstösse einreichen.

Und die Arbeiter:innen? Die SP gilt nicht gerade als Búezer:innen-Partei. Wie kommt sie ihnen wieder näher?

Die Politik an sich ist ja schon nicht sehr nah an den Arbeiter:innen. Das hat auch System, man wollte die Arbeitenden lange von der politischen Macht fernhalten. Heute ist es leider am ehesten die SVP, die die Búezer:innen abholt. Aber die SP setzt sich immer für ihre Anliegen ein, sei es bei den Löhnen, Arbeitsbedingungen oder jetzt mit der Pflegeinitiative. Vielleicht braucht es mehr Populismus. Wichtig ist es, dass wir die Themen dort bearbeiten, wo sie konkret spürbar sind.

Zum Beispiel?

Der Kampf gegen die Schliessung des Spitals Wattwil. Allen leuchtet ein, dass man ein Spital nicht schliessen sollte, kaum nachdem man es gebaut hat. Dass ein Spital für alle da sein soll und nicht in erster Linie Gewinn abwerfen muss. An dieser Frage zeigt sich auch, wie weit ein Kantonsrat entfernt ist von den Leuten auf der Strasse.

Stichwort Nähe zu den Leuten: Wie bleibt man als Kantonalpräsidentin in Kontakt mit der SP-Basis? Was bewegt sie?

Das geplante Sparpaket im Kanton be-

wegt viele und Corona ist sowieso ein Dauerbrenner, vor allem die Impf- und Teststrategie, die wir auch immer wieder kritisiert haben. Ich spüre die Basis auch dank meiner Nähe zu den JUSO und den SP-Frauen. Allerdings ist unser Kanton ziemlich gross und die Menschen in Wattwil bewegt anderes als jene in Balgach. Dazu brauchen wir in der SP Mittel wie die Sektionskonferenzen und GL-Sitzungen.

Es heisst, die SP sei vor allem in der Stadt stark und habe die Stimmen aus den ländlichen Gebieten gar nicht so nötig – was ein fatales Zeichen wäre. Wie kann sie «das Land» besser erreichen?

Kürzlich hat mir eine Frau erzählt, dass viele ihrer Bekannten im Dorf eher SVP wählen, aber wenn sie von den Positionen und dem Engagement der SP erzähle, seien eigentlich alle einverstanden. Da fängt es an. Die ländlichen Sektionen sollen bei den lokalen Fragen und Problemen konsequent hinstehen und ihre Kämpfe führen, selbst wenn sie aussichtslos scheinen. So schafft man sich Sympathien vor Ort.

Wo willst du die internen Schwerpunkte in den kommenden vier Jahren legen?

Die Bildung unserer Mitglieder ist mir ein Anliegen. Bei der SP wird viel Wissen vorausgesetzt, es gibt wenig Inputs zu konkreten Themen. Zum Beispiel: Wie halte ich eine gute Rede? Was sind die Basics der Klimabewegung? Wie organisiere ich eine moderne Kampagne? usw. Ich will, dass alle Zugang zu diesem Knowhow haben, dadurch selber politische Projekte starten und an Prozessen teilhaben können. Das wünsche ich mir auch bei politischen Prozessen: Als einfaches Mitglied kann man sich heute kaum einbringen bei strategischen Fragen, denn diese werden im Präsidium und in den Fraktionssitzungen festgelegt. Als einfaches Mitglied kann ich zwar Ideen einbringen, habe aber nur wenig Einfluss auf die Art und Weise, wie sie in die politische Praxis der Partei kommen. Ein Weg, um das zu verbessern, wären mehr Arbeitsgruppen.

Welche politischen Schwerpunkte werden unter Präsidentin Scheck beackert?

Die drei Klassiker. Beim Thema Feminismus können wir sicher noch einiges erreichen, nicht nur auf nationaler Ebene. Dann Antikapitalismus bzw. Umverteilung: Wir müssen die Sparpakete blockieren und uns generell überlegen, woher das Geld kommt. Wie es gerechter verteilt werden könnte, zum Bei-

spiel mittels einer veränderten Erbschafts- oder Unternehmenssteuer und mit höheren Prämienverbilligungen. Und drittens das Klima oder besser gesagt: die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft.

Das sind auch global gesehen wichtige Themen. Hat man als Kantonspräsidentin eigentlich auch internationalen Spielraum, zumindest was das Dreiländereck betrifft?

Eher beschränkt. Es gibt seit bald 120 Jahren die Bodensee-Internationale, aber sie hat nicht mehr denselben Stellenwert wie früher. Die internationale Vernetzung ist aktuell nur Sache der SP Schweiz.

Aber gerade als SP-Präsidentin einer Grenzregion wäre es doch lohnend, sich in Megathemen wie Klima und Umverteilung mit den Genoss:innen der umliegenden Länder zu vernetzen.

Absolut. Während meiner JUSO-Zeit habe ich gute Erfahrungen gemacht mit der sogenannten Alpeninternationale, einem mehrtägigen Treffen jungsozialistischer Organisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. So etwas könnte man durchaus auch mit den Mutterparteien organisieren.

Bleiben wir kurz bei der Linken im Nachbarland: Wie erklärst du dir die Entwicklung von Sahra Wagenknecht von der einstigen Power-Linken zum Postergirl der Konservativen?

Popularität. Parteien haben ja alle den Wunsch, mehr Wähler:innenprozente zu generieren. Dafür sind manche auch bereit, ihr ganzes Parteiprogramm zu kippen – zugunsten eines kurzfristigen Wähler:innenzuwachses. Bei Tony Blair oder Gerhard Schröder hat man gesehen: Das funktioniert auf die Schnelle, langfristig wird man damit aber wieder abstürzen, weil die Leute sehr schnell desillusioniert sind. Sie wählen einmal diese Partei und beim nächsten Mal eine andere. Und die Stammwähler:innen vergrault man mit dieser Taktik. Wagenknecht macht sich mit ihren Positionen vielleicht sympathisch bei einer gewissen Gruppe von Linken. Und spekuliert darauf, dass die anderen sie ja sowieso wählen, da es sonst kaum Optionen gibt. Auf lange Sicht passiert dann das, was der SPD in Deutschland passiert ist: Sie ist in die Mitte gerutscht und links davon hat sich etwas Neues gebildet. Ein Alptraum für jede linke Partei.

Oder einfach der Lauf der realpolitischen Dinge?

Wünschenswert ist das nur dann, wenn die linken Forderungen in der Mitte angekommen sind. Wenn sich die Gesellschaft zu uns bewegt hat und wir so überholt sind, dass es links von uns wieder Platz für etwas Neues hat. Leider ist das Gegenteil der Fall: die Linke bewegt sich in Richtung der anderen Parteien, gerade in Deutschland. So spaltet man das eigene Potenzial.

Zurück in die Schweiz. Wo steht die SP Kanton St.Gallen in fünf bis zehn Jahren?

Ich sehe eine Partei, die wieder sehr präsent ist bei den Leuten. Von der man weiss, dass es sie gibt und dass sie aktiv etwas tut für eine vielfältige und progressive Gesellschaft. Sie hat mehr Mitglieder, die auch stolz auf ihre Partei sind, und ein paar sehr laute und prägnante Aushängeschilder. Eine St.Galler Tamara Funciello oder Jacqueline Badran zum Beispiel, welche die Leute bewegen. Mein Wunsch wäre, dass alle eine Person in ihrem Umfeld haben, die in der SP ist. So kann man überbringen, dass «diese illusionären Linken und bösen Feministinnen» eigentlich Sachen wollen, die für alle gut sind.

Gerade als Frau in der Politik muss man ein dickes Fell haben. Wie gehst du um mit Vorurteilen und ganz konkreten Anfeindungen dir gegenüber?

Es gibt immer wieder Momente, die mich aufregen. Im Stadtparlament zum Beispiel stosse ich oft auf Ablehnung und Sprüche, die ich so nicht erleben würde, wäre ich ein SP-Mann oder eine GLP-Frau. Oft heisst es, das sei in der Politik normal und daran müsse man sich gewöhnen. Ich finde das falsch. Ich mache Politik für Menschen, natürlich ist es mir dann nicht egal, wenn mich jemand blöd findet! Stattdessen müssen wir das System ändern, das Menschen beibringt, dass man junge Frauen nicht ernst nehmen und respektieren muss. Ich bin sehr dankbar für die vielen starken Frauen, die sich dem aktuell entgegensetzen und allen klar machen, dass wir eine sehr ernste Gefahr für den Status Quo sind.

Andrea Scheck, 1992, ist technische Redakteurin, Vizepräsidentin der SP Kanton St.Gallen und JUSO-Stadtparlamentarierin.